

Pflege der öffentlichen Diskursmoral: Erfolgsmodell oder zum Scheitern verurteilt?

Ein Debattenbeitrag von Wolfgang Lieb

I. Der Niedergang öffentlicher Diskursmoral gefährdet unsere verfassungsmäßig geregelte Demokratie

Der öffentliche Diskurs wird maßgeblich von den Medien bestimmt, weil Medien maßgeblich unsere Meinung über die Welt beeinflussen. Wo auch immer eine öffentliche Debatte stattfindet, ob in den Foren der Politik, in den etablierten Medien oder im Internet: Die Pflege einer auf überprüfbaren Informationen basierenden „öffentlichen Diskursmoral“ ist demokratiekonstitutiv. Das Vertrauen in die Medien hängt eng mit dem Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie zusammen.

Die sich aus unterschiedlichen (ökonomischen) Interessen und (sozialen und kulturellen) Bedürfnissen ergebende Vielfalt der gesellschaftlichen Meinungen (Antagonismen) im öffentlichen Diskurs ist (idealerweise) eine wesentliche Bedingung für einen offenen, pluralen Meinungsbildungsprozess und damit eine Grundvoraussetzung für Vernunft – wohlgemerkt nicht für Wahrheit oder für Richtigkeit - bei demokratischen politischen Entscheidungsfindungen. (Vgl. die Rundfunkurteile des BVerfG u.a. S. 8 http://www.uni-goettingen.de/en/kat/download/0ca2c88b2a0f48aa_178227f1b7434898.pdf/Rundfunkurteile%20BVerfG%20auf%FCChrliche%20Zusammenfassung.pdf).

II. Medienkritik

1. Medienversagen

Es gibt zahllose Beispiele, bei denen unsere etablierten Medien kein realistisches Bild der Wirklichkeit gezeichnet oder einseitig berichtet, Partei für die (politisch bzw. ökonomisch) Mächtigen und deren Ideologien oder für die sog. „westliche Wertegemeinschaft“ ergriffen oder schlicht in ihrer „Wächterrolle“ versagt haben. (Z.B. gegenüber Finanzkrise, NSU-Morde, Fluchtbewegungen etc.)

Gründe für das Versagen der Medien liegen sowohl **im Journalismus** selbst (z.B. Aktualitätsdruck, Stress, Mangel an Zeit und Geld für Recherche) als auch in den (Macht-)**Strukturen der veröffentlichten Meinung** (z.B. Pressekonzentration, Agenda-Setting durch Think-Tanks, PR und Lobbying). (Wolfgang Lieb <https://www.blog-der-republik.de/jenseits-der-luegenpresse-kann-das-internet-die-etablierten-medien-ergaenzen-oder-gar-ersetzen/>)

2. Die Notwendigkeit von Medienkritik

a) Medienfreiheit und Freiheit zur Kritik an den Medien sind zwei Seiten derselben Medaille. Die etablierten Medien kritisieren sich untereinander kaum. Es gibt viel zu wenig und kaum institutionalisierte Kritik der „Vierten Gewalt“.

Medienkritik ist eine aufklärerische und damit „urlinke“ Aufgabe und eben nicht eine per se (Rechts- oder Links-)Populisten zuzuschreibende Impertinenz.

b) Die Bezeichnung „Lügenpresse“ ist untauglich, irreführend, diffamierend, ehrenrührig und gefährlich. Bei den Medien handelt es sich um ein komplexes System mit vielen ineinandergreifenden Faktoren und Machtgefällen. (Wolfgang Lieb <https://www.blog-der-republik.de/alles-luege-oder-was-medienlandschaft-und-kritik-in-deutschland/>)

c) Meinungsvielfalt durch das Internet?

Einerseits leisten eine Vielzahl von Blogs oder Soziale Medien einen beachtlichen Beitrag zur Meinungsvielfalt. Andererseits muss man durch die Sozialen Medien aber auch eine Tendenz zur Aufspaltung der Öffentlichkeit beobachten, indem das Internet den diskursiven und pluralen öffentlichen Meinungs Austausch in eine Vielzahl von voneinander abgeschlossenen „Gegenöffentlichkeiten“ auseinanderdividiert, d.h. es findet eine **Fragmentierung der öffentlichen Meinung** in „Echo-Kammern“ bzw. „Filterblasen“ statt. (Wolfgang Lieb <https://www.blog-der-republik.de/demokratie-oder-fragmentierung-der-oeffentlichen-meinung/>)

Überdies werden **Soziale Medien als asoziale Medien** missbraucht: in Form von Verrohung und Vergiftung der Sprache, Hate-Speech, Fake News, durch von Robots und Trolls gesteuerte Cyber(wahl-)kampagnen. Nirgendwo sonst wird in so großer Zahl offen fremdenfeindliche, antisemitische und islamfeindliche Hetze betrieben wie im Internet.

MIT-Studie: Fake News verbreiten sich „significantly farther, faster, deeper, and more broadly than the truth in all categories of information“ <http://science.sciencemag.org/content/359/6380/1146>.

Falschmeldungen werden doppelt so häufig geteilt und haben eine um 70% größere Chance der Verbreitung als verifizierte Nachrichten.

Diese Aufmerksamkeitsasymmetrie ist eine hohe Barriere bei der Pflege einer öffentlichen Diskursmoral.

d) „Lechts und links kann man nicht verwechseln“ (Ernst Jandl) – ein Irrtum oder nicht?

Zunehmend werden ursprünglich linke Themen von der politischen Rechten besetzt. **Linke Kritik** basiert auf der **Tradition der Aufklärung**, d.h. medienpolitisch, dass Medien die Aufgabe haben sollten, ihre Rezipienten zu (polyzentrischer) Offenheit und zu autonomem Denken sowie im Gefolge zu vernünftigem politischen Handeln in einer als gestaltbar verstandenen Zukunft aufzufordern.

Das ist ein fundamentaler Gegensatz zu **rechten Anfeindungen**, bei denen es um die bevormundende Beeinflussung des Denkens und der Gefühle der Rezipienten und um eine **autoritäre Steuerung der öffentlichen Meinung** bis hin zur Propaganda geht, und zwar mit ethnozentrischer, chauvinistischer Gesinnung und mit illiberaler sowie (auf einen „wahren“ Volkswillen gestützter) antidemokratischer und vergangenheitsbezogener (mythischer) Grundhaltung – bis hin zum **Hass auf die Aufklärung**. (Wolfgang Lieb <https://www.blog-der-republik.de/jenseits-der-luegen-presse-parolen-soziale-bewegungen-und-die-zukunft-der-medienkritik-1/>)

Vor allem Konservative wollen diese fundamentalen Unterschiede nicht sehen. Sie setzen linke und rechte Kritik gleich („Querfront“), um beide als extremistisch zu denunzieren.

III. Was sind also die normativen, die moralischen Maßstäbe einer Medienkritik? – Vorschläge zur Kultivierung öffentlicher Diskurse

Maßstäbe für meine Medienkritik und damit für meine Vorschläge zur Kultivierung öffentlicher Diskurse vermag ich nicht theoretisch (d.h. wissenschaftlich, schon gar nicht linguistisch) abzuleiten, ich kann mich nur auf meinen beruflichen Erfahrungshorizont mit dem Journalismus und meine Wahrnehmung als langjähriger Mitheraus-

geber eines Blogs und der damit verbundenen Beobachtung sowohl der etablierten Medien als auch neuer Jedermanns-Medien im Internet stützen.

Aus dieser Erfahrung ergaben sich für mich u.a. folgende normativen Maßstäbe für Medienkritik:

- Medienkritiker sollten konkret sagen, was falsch an der Berichterstattung ist und ihre abweichende Position durch Fakten und nachvollziehbare (rationale) Argumente begründen und andere Meinungen nicht schlicht als „Lüge“ abtun. Michael Hartmann: „Wer nicht bereit ist, in der Elitendiskussion über Inhalte zu reden, bleibt im luftleeren Raum.“ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46147>
- Medienkritik, sollte nicht pauschal, diffamierend, ehrenrührig, extremisierend sein (also keine Medienschelte sein) und nicht mit Ressentiments arbeiten („raunen“), sondern sollte faktenbezogen, nüchtern analytisch, recherchiert, abwägend, nicht vor allem emotional oder moralisierend sein. „Gehasst wird ungenau. Präzise lässt sich nicht gut hassen.“ (Carolin Emcke)
- Medienkritik sollte nicht nur Zweifel sähen, sondern zu selbständigem Denken und vernünftigen Handeln anstoßen. Kritik darf nicht zu einem Generalverdacht gegen alles und jede/n verkommen.
- Medienkritik sollte nicht „Gegenpropaganda“ sein. Weder bei Propaganda noch bei Gegenpropaganda geht es um Aufklärung, sondern um eine bevorzogene Beeinflussung des Denkens und Fühlens von Menschen und damit um eine absichtsvolle Steuerung der öffentlichen Meinung bis hin zur Manipulation.
- Die Anerkennung eigener Begrenztheit verbietet undifferenzierte und einseitige Schuldzuschreibungen. Medienkritik sollte vor allem nicht so tun, als habe man selbst die Wahrheit gepachtet, sondern sie sollte es dem Rezipienten überlassen, was er für richtig oder falsch hält.
- Die Verarbeitung von Informationen und die differenzierende Abbildung der Wirklichkeit sollte vor ihrer politischen Bewertung und vor der Unterordnung unter das eigene Weltbild stehen.
- Es reicht nicht aus, hinter allem, was kritikwürdig ist, im Verborgenen wirkende „Kreise“ (Verschwörungen) zu vermuten, und es genügt nicht, die Welt moralisch in „Freund“ und „Feind“ aufzuteilen und die Ursache nahezu allen Übels (anonymen) „einflussreichen Kräften“ (oft angesiedelt in den USA) oder undurchsichtigen „finanzkräftigen Gruppen“ (der FED) oder pauschal „den Eliten“ („Zionisten“) zuzuschreiben. (Z.B.: Andere Meinungen seien „fremdgesteuert“, „gekauft“, „instrumentalisiert“ etc.)
- Die Reduktion gesellschaftlicher Konflikte auf einen Antagonismus zwischen „Volk“ und „Eliten“ ist missbrauchs anfällig. („Die“ Elite ist eben nicht homogen.)

Wer, wenn nicht die politische Linke, wüsste nicht, dass ökonomische Macht nicht an den Redaktionsstuben halt macht.

Der unbestimmte Aufruf zu einem „Kampf“ gegen „die Eliten“ oder gegen „die Medien“ schürt eher Unbehagen oder ohnmächtige Empörung („Wutbürger“) und löst auf Dauer entweder (politische) Resignation oder Hass (bis hin zur Gewalt) aus und lenkt letztlich Wasser auf die Mühlen der „schrecklichen Vereinfacher“ (Johannes Rau).

IV. Techniken, die auf eine Kultivierung öffentlicher Diskurse zielen

Es gibt eine kaum noch überschaubare Vielzahl von Initiativen gegen Hasskommentare und Falschbehauptungen im Netz einerseits und zur Förderung des öffentlichen Diskurses (also zur Öffnung der „Echo-Kammern“) andererseits.

Selbst Facebook-Chef Mark Zuckerberg macht sich inzwischen Gedanken darüber, wie es gelingen könnte, unterschiedliche Sichtweisen so aufzubereiten, dass die Menschen miteinander wieder in einen Dialog kommen und andere Meinungen akzeptieren, statt sich in ihrer eigenen Gedankenwelt abzukapseln <https://www.facebook.com/notes/mark-zuckerberg/building-global-community/10103508221158471/>.

Die diskutierten Vorschläge reichen von der Forderung nach **Transparenz der algorithmischen Entscheidungssysteme**, über die **Zerschlagung der Netz-Oligopolisten**, deren **staatliche Regulierung** bis hin, Facebook, Google und Twitter und Co. für die Verbreitung von Hetze und Fake News **strafrechtlich und/oder finanziell haftbar** zu machen.

a) Nach dem deutschen **Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)** sind die Anbieter sozialer Netzwerke verpflichtet, "offensichtlich rechtswidrige Inhalte" nach Eingang einer Beschwerde zu entfernen oder zu sperren. Kommen die Betreiber ihren Pflichten systematisch nicht nach, drohen Bußgelder in Millionenhöhe. Angeblich soll es inzwischen weltweit mehr als 100.000 Content-Moderatoren geben, die die sozialen Netzwerke sauber halten sollen.

Dies birgt jedoch die **Gefahr privater Zensur**.

b) Auch unterhalb staatlicher Eingriffe oder gesetzlicher Regulierung gibt es inzwischen zahlreiche **Initiativen gegen Hasskommentare** und Falschbehauptungen. Z.B. eine „No-Hate“-Kampagne, eine „Debunking“- (also eine Entlarv-) Aktion der Stiftung Warentest unter dem Titel „Gesicht zeigen, Kante zeigen“, eine Facebook-Gruppe „Nothing but the Truth“, die Reporterfabrik „Correctiv“, das Projekt „#ZDF-check 17“ oder den „Faktenfinder“ der ARD oder auch „Deutschland spricht“. Das sind nur einige wenige der Initiativen.

Ein durchschlagender Erfolg bei der Verbesserung der öffentlichen Diskursmoral ist allen diesen Initiativen bisher nicht beschieden.

c) Wichtig wäre ein **Aufbrechen des Abgrenzungsverhaltens** zwischen etablierten Medien einerseits - mit Ausgrenzungs-Fahnenwörter à la „Verschwörungstheoretiker“, „Populisten“, „Antisemiten“ etc. - und andererseits der Netz-Community - die sich in eine Opferrolle als Abwehrstrategie flüchtet („Antisemitismuskeule“, „Kontaktschuld“ etc.).

d) Welche administrativen, journalistischen oder erzieherischen Maßnahmen zur Eindämmung von Hetze, Falschbehauptungen, Manipulation etc. auch immer ergriffen werden mögen und unabhängig davon, ob man das Internet als zerstörerisch für die Bildung einer öffentlichen Meinung beurteilt (oder ob man keinen nachweisbaren Einfluss auf die Meinungsbildung sieht) (Rotermund <http://weisses-rauschen.de/wp-content/uploads/2018/11/2018-10-Medienwirkung.pdf>), es kommt immer auch und vor allem darauf an, woran **jeder Einzelne** Propaganda, Fake News, Nudging etc. erkennen und sich dagegen wappnen kann.

Das stellt **neue Anforderungen an die Medienpädagogik**. Es setzt eine informationsethisch fundierte Datenkompetenz, ein Verständnis von (sich selbstverstärkenden) Netzwerkeffekten (und ihren politischen Auswirkungen), und es müsste Medienkritik und Medienethik in den Mittelpunkt medienpädagogischer Arbeit gestellt werden. (Kristin Narr https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/242599/technik-kritik-methodik-herausforderungen-an-medienpaedagogik-heute?pk_campaign=nl2017-03-08&pk_kwd=242599)

e) Man könnte darüber nachdenken, ob es nicht öffentlich-rechtliche (gebührenfinanzierte) Internetplattformen geben sollte.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland oder - besser noch - in ganz Europa hätten ausreichend Inhalte in ihren Programmarchiven, um eine Art öffentlich-rechtliches Youtube anzubieten und zusätzlich für die Contents eine Creative Commons-Lizenz zu vergeben, sodass die Inhalte von den Usern beliebig benutzt werden könnten (Fridolin Herkommer, Christa Schlager <https://awblog.at/internetgiganten-in-die-schranken-weisen/>).

Das wäre nicht nur ein praktischer Versuch zur Institutionalisierung von Meinungsvielfalt, sondern darüber hinaus könnte ein öffentlich-rechtliches Internet-Portal mit dem Versprechen für die Nutzer verbunden sein, dass die Daten geschützt und (zusätzlich) die (Such-) Algorithmen transparent gemacht würden.